

KARIN ROTH informiert bundestag aktuell



Nr. 50, 16. Dezember 2011

Debatte: Steinmeier zerpfückt Merkels Verhalten beim EU-Gipfel

Es sollte ein krönender Abschluss für das Jahr 2011 werden: Das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union vom 8. bis 9. Dezember. Doch auch dieser Gipfel vermochte die drängenden Probleme der Refinanzierungskrise der Euro-Staaten nicht zu lösen. Insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ist auf ganzer Linie gescheitert: Weder gelang es ihr, alle Mitgliedstaaten, vor allem Großbritannien, zu überzeugen, die EU-Verträge so zu ändern, dass die Weichen hin zu einer Stabilitäts- und Fiskalunion gestellt werden, noch wurden weitere Schritte zur Lösung der Krise hinreichend vereinbart. Diese von Beginn an konturlose Strategie der Bundesregierung hat die Finanzmärkte destabilisiert und den Euro-Raum an den Rand einer Rezession getrieben. In seiner Replik auf die Regierungserklärung am 14. Dezember kritisierte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier die vermeintlichen Lösungen des Gipfels als unzureichend und zu vage. Zwar klinge es schön, zu sagen, es gebe einen neuen zwischenstaatlichen Vertrag mit 24 oder 25 Mitgliedstaaten, wenn nicht alle wollten. Doch, so Steinmeier: „Damit begeben wir uns auf einen politisch-rechtlich unsicheren Weg, das beruhigt doch nicht die Märkte, das verunsichert!“ Steinmeier merkte an, dass die EU-Kommission angedeutet hat, dass der Lissabon-Vertrag wohl rechtlich Vorrang vor neuen Vertragsformen hat. Das bedeutet, wenn ein Land sich in Bezug auf die Vertragsänderungsinhalte auf Lissabon bezieht, hat dessen Inhalt Vorrang. Das wirft weitere Problematiken auf.

Die SPD-Fraktion hat deshalb einstimmig einen Entschließungsantrag (Drs. 17/8135, angefügt) beschlossen, der am 14. Dezember in den Bundestag eingebracht wurde.

Im Kern fordert die SPD die Bundesregierung auf:

- Sich dafür einzusetzen, dass die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Wirtschafts- und Fiskalunion ausgebaut wird. Ziel muss bleiben, den jetzt entstehenden neuen Vertrag in europäisches Gemeinschaftsrecht zu überführen. Europäisches Parlament und nationale Parlamente sollten in jeder Stufe beteiligt werden;
- Sich neben den avisierten Vertragsanpassungen aktiv für eine Weiterentwicklung der europäischen Institutionen einzusetzen. Das EU-Parlament muss mittelfristig zu einem vollwertigen europäischen Gesetzgeber werden mit eigenem Gesetzesinitiativrecht. Die Mitglieder der EU-Kommission sollen von diesem Parlament gewählt und damit zu einer demokratisch legitimierten Wirtschaftsregierung werden;
- Dass neben den Spar- auch Wachstumsprogramme für die überschuldeten Mitgliedstaaten aufgelegt werden. Haushaltskonsolidierung kann nach Ansicht der SPD-Fraktion nicht allein durch einseitige Ausgabenkürzung und Strukturreformen erreicht werden – es bedarf auch der Verknüpfung mit sozialer Sicherheit;
- Den ESM-Vertrag unverzüglich zu finalisieren und den nationalen Parlamenten zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) muss über wenige, aber wirksam anwendbare und klare Instrumente und Verfahrensregeln verfügen. Die EZB soll ihr Ankaufprogramm für Staatsanleihen nicht fortsetzen müssen. Bei anhaltendem Marktversagen darf dabei auch eine Zwischenfinanzierung des ESM durch verzinsliche Darlehen der EZB nicht ausgeschlossen werden. Wichtig ist die parlamentarische Beteiligung;
- Die geltenden Rechtsregeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, des europäischen Semesters, der Verordnungen zur Vermeidung schädlicher wirtschaftlicher Ungleichgewichte zu einem einheitlichen Regelkatalog zusammenzufassen;
- Es muss endlich eine Finanztransaktionssteuer umgesetzt werden – zumindest in den Staaten des Euro-Raumes. Auf diese Weise kann der Finanzsektor an den Kosten beteiligt und Wirtschaftswachstum sichergestellt werden.

Weitere Informationen zu den Themen dieser Ausgabe finden Sie im Internet unter www.karin-roth.de

CSR: Schwarz-Gelb knickt vor Wirtschaftslobby ein – Berichtspflichten für Unternehmen abgelehnt

Karin Roth: „Die Soziale Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility - CSR) spielt international eine immer größere Rolle. Sowohl die Vereinten Nationen als auch der letzte G20-Gipfel in Cannes haben sich ausführlich mit den Verantwortung der Privatwirtschaft für die faire Gestaltung der Globalisierung befasst. Die schwarz-gelbe Bundesregierung setzt jedoch alles daran, im Schulterchluss mit den deutschen Arbeitgebern, die Umsetzung einer neuen europäischen CSR-Strategie zu torpedieren und so letztlich zu verhindern. Dies geht aus einer Antwort des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) auf eine schriftliche Frage der SPD Abgeordneten Karin Roth hervor. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert von der Bundesregierung, dass sie ihre Blockadehaltung aufgibt und den "Nationalen Aktionsplan CSR" an den künftigen europäischen Standard mit Berichtspflichten für Unternehmen zu ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Belangen anpasst. Im November hatte die EU-Kommission einen Vorschlag für eine neue CSR-Strategie vorgelegt. Ziel ist es, die Verantwortung der Unternehmen zu unterstützen und so den Beitrag der Unternehmen für faire und gute Arbeitsbedingungen zu schaffen sowie das Vertrauen der Verbraucher zu erhöhen. Dazu sollen beispielsweise verbindliche Rechenschafts- und Transparenzpflichten eingeführt werden, um Korruption und Bestechung zu bekämpfen. Diese Regelungen jedoch wollen Bundesregierung und Arbeitgeber verhindern. Die Bundesregierung will am Grundsatz der Freiwilligkeit festhalten. Gesetzliche Berichtspflichten lehnt sie strikt ab. Damit isoliert sich die schwarz-gelbe Bundesregierung in Europa. Dies ist unverantwortlich. Die Bundesregierung wirbt mit dem Slogan "CSR - Made in Germany". Jetzt ist klar, was dies bedeutet. Es geht um nichts anderes, als um "CSR light", bei der die Unternehmen selbst entscheiden können ob und in welcher Form sie sich in Schwellen- und Entwicklungsländern engagieren. Transparenz ist nicht gewünscht. Schwarz-Gelb ist wieder einmal vor der Wirtschaftslobby eingeknickt. Die SPD-Bundestagsfraktion verlangt von den Wirtschaftsunternehmen mehr Verantwortung für ihr Handeln und die Folgen ihres Handels. Dies gilt besonders bei unternehmerischen Aktivitäten in Schwellen- und Entwicklungsländern, in denen die gesetzlichen Regelungen weit unter dem nationalen oder europäischen Niveau liegen. Kinderarbeit, Zwangsarbeit, die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz, die Unterdrückung von Gewerkschaften und mitunter massive Umweltverschmutzungen sind in vielen dieser Länder an der Tagesordnung. Deshalb ist es Aufgabe der in diesen Ländern tätigen Unternehmen, die Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards im eigenen Zuständigkeitsbereich und für die gesamte Lieferkette in eigener Verantwortung sicherzustellen.“



Frohe Weihnachten!

**Karin Roth und ihr Team
wünschen Ihnen
eine besinnliche Weihnacht
und einen guten Rutsch
ins neue Jahr!**

v.l.n.r.: Axel Weinsberg, Sonja Birnbaum, Karin Roth, Jan Hennings, Alina Oswald. Es fehlt: Christine Koczor aus dem Wahlkreisbüro in Esslingen.

Die **Weihnachtsaktion des Marie-Schlei-Vereins** in Zusammenarbeit mit der gemeinnützigen kenianischen Nichtregierungsorganisation CEPACET unterstützt 100 Frauen aus der Provinz Kitui bei der Verbesserung ihrer Anbaumethoden, um eine langfristige Versorgung der Familien zu erreichen und damit durch eine über das Jahr verteilte Produktion die Engpässe in der Versorgung zu überwinden.

Bitte beachten Sie den Weihnachtsspendenaufwurf im Anhang.

Inhaltlich und personell gestärkt beendete die SPD am 6. Dezember ihren dreitägigen Bundesparteitag in Berlin. Mit wichtigen Beschlüssen in der Steuer- und Finanzpolitik, für Europa, Bildung, Gesundheit, Arbeit, Rente, Familie und für mehr direkte Demokratie. Außerdem erneuert die SPD die Parteiorganisation.

ORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG
UNSER KAPITAL: DEMOKRATIE UND GERECHTIGKEIT



Alle Beschlüsse finden Sie im Internet: [//www.spd.de/aktuelles/Parteitag_2011/](http://www.spd.de/aktuelles/Parteitag_2011/)

Die historische Rede von Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt finden Sie im Anhang.

Weitere Informationen zu den Themen dieser Ausgabe finden Sie im Internet unter www.karin-roth.de